

SCHWEIZ: «Europa gibt den idealen Sündenbock ab»

Von MIT JEAN-CLAUDE JUNCKER SPRACHEN LUCIANO FERRARI UND MARK SCHENKER.

EU-GIPFEL «Ich habe nie geglaubt, dass Sozialisten sozialer sind als andere, nur weil sie sich Sozialisten nennen», sagt Jean-Claude **Juncker**. Am EU-Gipfel Ende Woche sind die konservativen Staatschefs erstmals wieder in der Mehrheit.

Luxemburgs Ministerprä-sident Jean-Claude **Juncker** über die Erfolge der Rechts-populisten und Europas Gegenrezepte.

Am EU-Gipfel in Sevilla werden Sie Ende Woche erstmals mit einer ganzen Reihe von neuen EU-Spitzenpolitikern zusammentreffen, die in den letzten Monaten mit dem «Wind nach rechts» an die Macht gelangt sind. Freuen Sie sich darauf?

Wenn ich auf europäischer Ebene agiere und mich mit den anderen EU-Staats-und - Regierungschefs verständigen muss, handle ich nie in einer parteipolitischen Logik.

Als in Österreich Jörg Haiders FPÖ an die Regierung kam, reagierten Sie und die übrigen EU-Chefs noch etwas sensibler.

Darüber ist alles Wesentliche gesagt worden. Eins vielleicht noch: Die Sanktionen gegen Österreich waren keine Erfindung der europäischen Sozialisten. Die europäische Rechte hat damals mindestens so heftig auf diese Sanktionen gedrängt. Allen voran der spanische Ministerpräsident Aznar, der beleidigt wäre, würde man ihn einen Sozialisten nennen. Jetzt haben wir in Europa eine rechte Mehrheit: Die politischen Konsequenzen werden bei mir keine Desillusion bewirken, weil ich mir schon gar keine Illusionen mache.

Ist der Erfolg der rechten Parteien in Europa auf den gescheiterten Versuch der Sozialdemokraten zurückzuführen, eine sozialere EU zu bauen?

Ich habe nie geglaubt, dass Sozialisten sozialer sind als andere, nur weil sie sich Sozialisten nennen. Warum auch? Als ich 1995 Ministerpräsident wurde, gab es im Europäischen Rat, dem Gremium der EU-Staatschefs, tatsächlich eine klare sozialdemokratische Mehrheit. Es wurde damals behauptet, diese Linksmehrheit würde der EU eine «glücklichere» Zukunft bescheren. Nun, die Bilanz fällt nüchtern aus: Ich habe das rosarote Europa nie wirklich am Werk gesehen. Es hat nie ein sozialdemokratisches Programm für Europa gegeben, das systematisch von der Mehrheit der linken Staats-und Regierungschefs umgesetzt worden wäre. Es hat nie eine wirklich enge Übereinstimmung zwischen den Auffassungen von Jospin und Blair gegeben. Vielmehr habe ich bei den Treffen des Europäischen Rats immer wieder linke Ministerpräsidenten erlebt, die sich in allen Punkten klar rechts von mir positionierten.

Ist das mit ein Grund für den Rechtsrutsch?

Ich glaube nicht, dass dies etwas zur Erklärung beiträgt. Vielmehr dürfte die jeweilige nationale Politik eine entscheidende Rolle gespielt haben. Die Sozialdemokraten haben in ihren Ländern einen Traum gehätschelt und einen Diskurs der Solidarität geführt, den sie dann nicht in die Praxis umgesetzt haben. Das ist die Erklärung für die tiefe Enttäuschung gegenüber den Sozialisten.

Sind Sie über diesen Rechtsruck in Europa beunruhigt?

Dass die Christdemokraten wieder Wahlen gewinnen, nachdem sie in den letzten Jahren heruntergemacht und von den Sozialdemokraten verspottet worden sind, kann mich nicht stören. Dass es aber sehr weit rechts von den Christdemokraten rechtsextreme oder rechtspopulistische Parteien gibt, die eine wachsende Zahl von Bürgern und Bürgerinnen ansprechen und überzeugen, das beunruhigt mich zutiefst. Dafür gibt es auch europapolitische Gründe. Welche?

Das grosse Problem, das wir heute in Europa haben, ist, dass unsere öffentliche Meinung in zwei fast gleich grosse Lager gespalten ist. Es gibt die eine Hälfte, die mehr Europa fordert, und die andere Hälfte, die meint, es gebe schon genug Integration und dass weniger Europa eher mehr wäre. Für jene, die die Geschicke Europas lenken, ist es zunehmend schwierig, zwischen diesen beiden fast gleich grossen Gruppierungen eine Brücke zu schlagen. Der Rechtspopulismus und die Rechtsextreme nutzen diese Spaltung der Gesellschaft geschickt aus, indem sie der öffentlichen Meinung einen Diskurs der Ausgrenzung antragen und jenen, die sich als Verlierer der europäischen Einigung, der Globalisierung und des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts wähen, einfache Lösungen vorgaukeln.

Ist die europäische Integration mit schuld an der Verunsicherung der Menschen? Hat Brüssel die Wirtschaftsliberalisierung und die Schwächung der Nationalstaaten zu stark vorangetrieben?

Europa bietet sich als idealer Sündenbock für alles und jedes an. Vor allem dann, wenn die EU-Regierungen gegenüber ihrer nationalen Öffentlichkeit so tun, als würden ihnen von Brüssel irgendwelche Entscheidungen aufgezwungen. Ich glaube, wir können die Europäer mit der EU nur dann wieder versöhnen, wenn wir uns mehr auf den Inhalt unserer gemeinsamen Politik konzentrieren und uns weniger mit den institutionellen Fragen beschäftigen, die ausser einige Politiker und Funktionäre niemanden interessieren. Die Bürger wollen wissen, was Europa gegen die illegale Einwanderung tut, welche gemeinsamen Instrumente in der Asylpolitik angewandt werden können, was die EU gegen die organisierte, grenzüberschreitende Kriminalität macht und welche minimalen Sozialstandards sie etablieren wird, von denen alle Arbeitnehmer profitieren können.

Nun sollen am EU-Gipfel gerade die Einwanderungs-und Asylfragen ins Zentrum gerückt werden. Kommt man damit den rechtspopulistischen Parteien, die diese Themen aufgebracht haben, nicht allzu weit entgegen?

Stellen Sie sich vor, die EU-Staats-und Regierungschefs würden nach den Wahlerfolgen der Rechten zusammenkommen und nicht über Einwanderungs-, Asyl-und Kriminalitätsfragen reden. Die internationale Presse würde doch über uns herfallen und sagen, die Staatschefs würden nichts von Europa und den täglichen Sorgen der Bürger verstehen. Wenn wir uns hingegen um die Probleme kümmern, die die Bürger bewegen, wirft man uns vor,

der extremen Rechten leichtfertig Konzessionen zu machen. Das ist absurd. Ich glaube, dass der Moment gekommen ist, um in Europa die Einwanderungsproblematik auf den Tisch zu bringen - dabei es geht es wohlverstanden um die illegale, organisierte Einwanderung

Sie glauben, dass die EU hier mehr tun kann als die einzelnen Nationalstaaten?

Ich glaube, dass der einzelne Nationalstaat angesichts der Geissel der illegalen und heimlichen Einwanderung machtlos ist. Es braucht eine Synergie zwischen nationalen und europäischen Anstrengungen, damit diese überzeugend und abschreckend sein können. Wir müssen uns über einheitliche Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge einigen, über die Frage der Arbeitsberechtigung und über die materiellen Bedingungen für den Aufenthalt der Flüchtlinge, damit es nicht zum so genannten Asylshopping kommt. Ich befürworte auch eine gemeinsame Grenzpolizei. Skeptisch bin ich nur gegenüber dem Vorschlag, die Herkunftsländer der illegalen Flüchtlinge mit Sanktionen zu belegen, wenn sie die Auswanderung nicht verhindern. Das kann man nicht erreichen, indem man ihnen die Entwicklungshilfe kürzt. Vielmehr müsste man sie erhöhen, um diesen Ländern zu helfen, ihre Grenzen besser zu kontrollieren.

Nun haben die Niederlande, Italien, Dänemark, Portugal oder Grossbritannien bereits ihre nationalen Einwanderungsgesetze verschärft. Wieso hat man nicht den EU-Gipfel abgewartet?

Das frage ich mich auch. Ich wundere mich auch über diesen merkwürdigen Parallelismus.

Trägt die Erweiterung der EU nicht dazu bei, dass die Verunsicherung und die Ängste der Bürger in Bezug auf Einwanderung und Sicherheit noch stärker wachsen?

Im Zuge der Globalisierung wird unsere Welt auch sozial- und wirtschaftspolitisch komplizierter. Die Verwirrung und Verunsicherung der Bürger ist somit verständlich. Aber diese moderne Welt wäre endgültig nicht mehr zu steuern, wenn es die EU und ihre Politik nicht gäbe. Ohne den Euro zum Beispiel hätten wir in den letzten drei Jahren die schwersten monetären Krisen in unserer Geschichte erlebt. Das lässt sich auch auf die anstehenden Probleme der Einwanderung übertragen. Was wäre geschehen, wenn die Beitrittskandidaten in den Achtzigerjahren einen anderen, nationalen Weg eingeschlagen hätten? Statt ihre wiedergefundene nationale Souveränität in der EU zu kumulieren, hätten sie sie gegen ihre Nachbarn gewendet. Wenn es die Beitrittsperspektive für diese Länder nicht gegeben hätte, wären all die Probleme der Einwanderung, der Sicherheit noch grösser geworden. Genau so, wie wir den Bürgern erklären sollten, dass uns der Euro vor monetären Krisen schützt, müsste man ihnen sagen, dass die Erweiterung die beste Antwort auf die anstehenden Entwicklungen ist.

Kann das gelingen? Glauben Sie wirklich, dass sich auch in Zukunft noch eine Mehrheit für mehr Integration gewinnen lässt?

Ich höre nicht auf, mir Gedanken zu machen über die erwähnte Spaltung unserer öffentlichen Meinung in ein pro- und ein antieuropäisches Lager. Und ich finde keine Lösung ausser jener, dass wir den Bürgern und Bürgerinnen wieder mehr politische Inhalte liefern müssen, die sie von der permanenten Notwendigkeit der europäischen Konstruktion überzeugen. Es gibt viele Beobachter und Akteure, die angesichts dieser Zweiteilung der Gesellschaft meinen, der Moment sei gekommen, um eine Pause in der europäischen Integration einzulegen. Ich glaube, das wäre falsch. Denn jene, die 2030 die EU-Länder regieren, wären nicht mehr in der Lage, die Integration wieder anzuschieben. Unsere Generation weiss nämlich noch, wenigstens aus den erzählten Erfahrungen unserer Eltern, weshalb die dramatische Frage von Krieg und Frieden als Antwort nach der europäischen Konstruktion verlangte. Zwischen den Regierenden von 2030 und Hitler oder Stalin wird aber die gleiche zeitliche Distanz liegen wie zwischen meiner Generation und Clemenceau oder Wilhelm II. Das kollektive Gedächtnis über den Krieg, die direkten Zeugen werden verschwunden sein und damit auch dieser erste und fundamentale Grund, der aus der EU eine permanente Notwendigkeit macht, damit sich auf diesem komplizierten Kontinent die Völker nicht auf den Kriegsfeldern begegnen, sondern in den Konferenzsälen.

Das tönt sehr pessimistisch.

Das beunruhigt mich. Nicht weil ich Pessimist bin, sondern weil ich sehe, dass die europäische Öffentlichkeit bereits heute beginnt, sich von den grundsätzlichen Überzeugungen und Motivationen der Gründerväter der EU zu entfernen. Europa bleibt ein komplizierter Kontinent, und wenn man ohne zu reagieren zulässt, dass sich die EU in eine grosse Freihandelszone verwandelt, würden wir Europa einer Erfahrung ausliefern, die diesem komplizierten Kontinent nicht gerecht wird. Das treibt mich um, und ich bin mir bewusst, dass das anmassend tönen mag. Aber es ist keine Anmassungen, vielmehr Zweifel und tiefe Besorgnis.

Trotz der Ängste in der EU-Bevölkerung drängt der luxemburgische Premier auf eine rasche EU-Erweiterung.

(c) 2002 Tages Anzeiger

Homepage Address: <http://www.tages-anzeiger.ch>.

Sources: TAGES ANZEIGER 18/06/2002